



03. Juli 2020

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **EU-Ratspräsidentschaft 2020**
- **Grundrente für 1,3 Millionen Menschen endlich beschlossen**
- **Der „große Wumms“ - Zweites Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen**
- **Konjunktur- und Investitionsprogramm: Zweiter Nachtragshaushalt beschlossen**
- **Raus aus der Kohle**
- **Bundestag beschließt Verbesserungen in der Intensivpflege**
- **Patientendaten-Schutzgesetz**
- **Einigung über die Insolvenzabsicherung in der Reise- und Tourismuswirtschaft**
- **Gafferfotos und Upskirting sind künftig strafbar**
- **Parlamentarisches Patenschafts-Programm – Jetzt bewerben!**

EU-Ratspräsidentschaft 2020



Deutschland hat den Vorsitz im Rat der EU für sechs Monate übernommen.

Europa muss gemeinsam und solidarisch durch die Corona-Krise geführt werden. Deutschland hat dabei die Aufgabe, zwischen den Mitgliedstaaten zu vermitteln, um gemeinsame Entscheidungen herbeizuführen.

Wir treten für ein solidarisches Europa ein, denn nur wenn es unseren Nachbarn in der EU gut geht, geht es auch uns gut.

Grundrente für 1,3 Millionen Menschen endlich beschlossen

Diese Woche haben wir eine jahrelange Debatte beendet: Wir haben uns in der Koalition auf die Grundrente geeinigt. Darüber freuen sich Esther Dilcher und Edgar Franke, denn Sozialdemokraten haben sich lange dafür eingesetzt. Es war nicht einfach, denn obwohl sie im Koalitionsvertrag vereinbart war, haben sich CDU und CSU immer wieder quergestellt. Wir sind standhaft geblieben: „Wer sich die Grundrente verdient hat, bekommt sie künftig auch – ganz ohne Bedürftigkeitsprüfung. Das war unser Ziel!“, so Edgar Franke.

Esther Dilcher und Edgar Franke zeigten sich sehr zufrieden. Für die SPD sei es der dritte Anlauf gewesen, das Gesetz durchzusetzen. „Diese Woche haben wir es endlich beschlossen“, sagte Esther Dilcher. „Wir Sozialdemokraten und unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil haben Wort gehalten: Die Grundrente kommt!“. Profitieren werden vor allem auch Frauen, die viele Jahre für wenig Geld gearbeitet haben.



Rund 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner bekommen ab Juli 2021 automatisch die Grundrente. Voraussetzung sind mindestens 33 Beitragsjahre in der Rentenversicherung. Außerdem darf das Einkommen eine bestimmte Grenze nicht übersteigen. „Auch wenn die Union auf einer Einkommensprüfung beharrt hat, haben wir Sozialdemokraten unser Ziel erreicht: Niemand muss zusätzliche Anträge stellen, um die Grundrente zu bekommen“, betont Franke.

Der „große Wumms“ - Zweites Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen

Um der Gefahr eines geringeren Wachstums infolge der Corona-Pandemie zu begegnen, werden schnell wirkende konjunkturelle Stützungsmaßnahmen umgesetzt. Dazu hat der Bundestag in dieser Woche das „Zweite Corona-Steuerhilfegesetz“ beschlossen. Mit insgesamt 130 Mrd. Euro setzen wir in dieser Woche das größte Konjunkturprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik auf die Schiene.

Mehrwertsteuer sinkt für ein halbes Jahr

Ziel des steuerlichen Maßnahmenpakets ist es, die aufgrund der Corona-Pandemie geschwächte Kaufkraft zu stärken und Unternehmen mit gezielten Maßnahmen zu unterstützen. Beschlossen wurde unter anderem eine befristete Senkung der Umsatzsteuersätze vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020. Der Steuersatz sinkt in diesem Zeitraum von 19 auf 16 Prozent, der ermäßigte Steuersatz von sieben auf fünf Prozent. Der Bund übernimmt die aus der Senkung 2020 kassenwirksam werdenden Mindereinnahmen von Ländern und Kommunen.

**Wir senken zum 01.07.
die Mehrwertsteuer.**



SPD
Fraktion im
Bundestag

Einmaliger Kinderbonus von 300 Euro

Außerdem wird für jedes im Jahr 2020 kindergeldberechtigte Kind ein einmaliger Kinderbonus von 300 Euro gezahlt. Der Kindergeldbonus wird nicht auf die

Der Kinderbonus ist beschlossen!



Grundsicherung angerechnet und bei besserverdienenden Haushalten mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Der Kindergeldbonus wird in zwei Teilen von 200 Euro im September und 100 Euro im Oktober 2020 ausgezahlt.

Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird für einen Zeitraum von zwei Jahren (2020 und 2021) von derzeit 1.908 Euro auf 4.008 Euro angehoben.

Solidarpakt für Kommunen

Fast zwei Drittel der öffentlichen Investitionen kommen aus den Kommunen: Aufträge, die vor allem an örtliche Handwerksbetriebe und kleine Unternehmen gehen. Und es geht um Lebensqualität in der Heimatgemeinde, um gute Schulen und Kitas, um den regelmäßigen Bus, um Bibliotheken, Schwimmbäder und vieles mehr. Durch die Corona-Krise haben die Kommunen aber rund 12 Milliarden Euro weniger Gewerbesteuerereinnahmen zu verkraften. Damit dennoch notwendige Investitionen erfolgen können und die Konjunktur in Schwung kommt, gleichen Bund und Länder diese Einnahmeausfälle aus.

Konjunktur- und Investitionsprogramm: Zweiter Nachtragshaushalt beschlossen

Am Donnerstag wurde im Plenum der zweite Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 beschlossen. Insgesamt 217,8 Mrd. Euro nehmen wir zusätzlich in die Hand, um Deutschland wieder in Schwung zu bringen. Wir bringen damit ein Konjunktur- und Investitionsprogramm auf den Weg, das kurzfristige konjunkturelle Impulse mit längerfristigen Zukunftsinvestitionen kombiniert und in der Geschichte unseres Landes beispiellos ist.

Sowohl der Kinderbonus von als auch die Mehrwertsteuersenkung geben einen unmittelbaren Konjunkturschub und führen zu spürbaren Entlastungen gerade auch kleiner und mittlerer Einkommen.

Die SPD hat zudem dafür gesorgt, dass ein kommunaler Solidarpakt im Zentrum des Konjunkturprogramms steht. Hinzu kommen kräftige Zukunftsinvestitionen in Kitas, Schulen, nachhaltige Mobilität, Innovation und Forschung, die den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes stärken.

Allein im Bereich des Sports nehmen wir 800 Millionen Euro in die Hand, um mit 600 Millionen Euro Turnhallen, Schwimmhallen und Sportplätze in unserem Land zu sanieren. 200 Millionen Euro verwenden wir, um die Einnahmeausfälle abseits des Profifußballs auszugleichen, die etwa wegen weggebrochener Zuschauereinnahmen im Handball, Eishockey, Basketball oder Volleyball entstanden sind. Außerdem retten wir mit zusätzlichen 100 Millionen Euro – ergänzend zu den Überbrückungshilfen – Jugendherbergen, Schullandheime und andere Jugendbildungs-stätten.

Auch Inklusionsunternehmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe erhalten Zuschüsse mit einem Gesamtvolumen von 100 Millionen Euro. Für diese Einrichtungen gilt, dass sie zunächst auf die Corona-Überbrückungshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen zugreifen können. Da durch diese Hilfen nicht sämtliche Betriebskosten abgedeckt und sie nur bis Ende August gewährt werden, satteln wir hier und zahlen bis Ende des Jahres Zuschüsse aus, sodass die Einrichtungen gut durch die Krise kommen.

Für den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen werden jetzt 1,5 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, je zur Hälfte vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Um eine schnelle Umsetzung des Konjunkturpakets zu gewährleisten, werden 750 Millionen Euro im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern unmittelbar für 2020 verfügbar gemacht. Weitere 750 Millionen Euro der Konjunkturmittel fließen aus dem Etat des BMBF in das Sondervermögen. Diese Mittel können in Anspruch genommen werden, wenn die gesetzliche Grundlage für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geschaffen ist. Aber auch beim Thema der Investitionen legen wir eine Schippe drauf. Mit dem Vorziehen von Maßnahmen investieren wir 720 Millionen Euro in den Ausbau von Schienen, Brücken, Bahnhöfen und Straßen. Davon gehen 680 Millionen Euro in den Ausbaubau von Bundesautobahnstrecken und Brücken. 40 Millionen Euro werden in das Sofortprogramm Attraktivitätssteigerung Bahnhöfe investiert.

Raus aus der Kohle

Über Jahrzehnte hat der Bergbau unser Land mit Energie versorgt. Ohne die harte Arbeit der Kumpel wäre das Wirtschaftswunder kaum denkbar gewesen. Dafür schulden wir den Bergleuten unseren Respekt und unsere Dankbarkeit.

Aber: Wir wollen die Pariser Klimaschutzziele erreichen, wir wollen die drohende Klimakatastrophe abwenden, deshalb werden wir den Kohleabbau beenden. Dabei lassen wir die Menschen nicht alleine. Wir steigen aus der Kohle aus, investieren aber gleichzeitig Milliarden für neue Perspektiven in die Bergbauregionen. Wir sind überzeugt: Klimaschutz gelingt nur gemeinsam.

**Sauber: Erneuerbare
statt Kohle und Atom.**

SPD
Fraktion im
Bundestag

Bundestag beschließt Verbesserungen in der Intensivpflege

Intensiv-Pflegebedürftige besser versorgen, Fehlanreize in der Intensivpflege beseitigen und die Selbstbestimmung der Betroffenen stärken - das alles soll durch das neue Gesetz erreicht werden, das wir in dieser Woche im Bundestag beschlossen haben: das Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz, kurz IPReG.

Das neue Gesetz soll Menschen, die außerhalb von Kliniken intensivpflegerisch betreut werden, besser vor qualitativ schlechter Pflege schützen. Dafür werden strengere Kontrollen eingeführt. Außerdem dürfen nur noch qualitätsgeprüfte Pflegedienste außerklinische Intensivpflege anbieten. „Damit wird der Geschäftemacherei auch einiger privater Beatmungs-WGs ein Riegel vorgeschoben“, betont der Gesundheitsexperte Edgar Franke. „Mit dem IPReG stärken wir die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen und tun einen großen Schritt in die richtige Richtung“. Verbesserungen hält das IPReG auch für Menschen in der stationären Intensivpflege bereit. Sie müssen in Zukunft fast keine Eigenanteile mehr für die Unterbringung zahlen. Betroffene, die zum Beispiel beatmet werden müssen, dürfen weiterhin mitentscheiden, ob sie lieber zuhause oder in einer Einrichtung gepflegt werden wollen. Darauf haben wir uns mit der CDU/CSU verständigt. Damit erfüllen wir eine zentrale und richtige Forderung von Sozialverbänden und Selbsthilfeorganisationen. Diese hatten einen „Heimzwang“ für stark pflegebedürftige Menschen befürchtet.

Patientendaten-Schutzgesetz

Das Patientendaten-Schutzgesetz (PDSG) haben wir in dieser Woche beschlossen. Es zielt darauf ab, die Möglichkeiten und Vorteile der elektronischen Patientenakte für alle Versicherten nutzbar zu machen. Die Akte selbst bleibt aber ein freiwilliges Angebot.

Der Gesetzentwurf konkretisiert die elektronische Patientenakte (ePA) dabei hinsichtlich der Inhalte, Nutzung, Verarbeitungsbefugnisse und der Zugriffskonzeption. Differenziert geregelt wird außerdem die Datenverarbeitung sowie die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit in der Telematikinfrastruktur.

Die Digitalisierung bietet große Chancen für die medizinische und pflegerische Versorgung der Patientinnen und Patienten in Deutschland. Basis dafür ist die eigens geschaffene Datenautobahn des Gesundheitswesens (Telematikinfrastruktur), bei deren Ausbau der Datenschutz und die Datensicherheit unvermindert eine große Rolle gespielt haben.



Einigung über die Insolvenzabsicherung in der Reise- und Tourismuswirtschaft



Zahlreiche Reiseveranstalter und -vermittler stehen nun unverschuldet vor einer großen Welle von Rückzahlungsforderungen ihrer Kunden, die ihre Reisen aufgrund der Corona-Krise und der daraus folgenden weltweiten Reisewarnungen nicht antreten konnten. Reiseveranstalter sind teilweise in existenzbedrohende Liquiditätsengpässe geraten.

In Ergänzung zu den bereits getroffenen Regelungen wird nun eine gesetzliche Regelung geschaffen, die den Reiseveranstaltern die Möglichkeit gibt, den Reisenden statt der sofortigen Rückerstattung des Reisepreises einen Reisegutschein im Wert der erhaltenen Vorauszahlungen anzubieten.

Der Gutschein ist gegen eine etwaige Insolvenz des Reiseveranstalters abgesichert und kann bis Ende 2021 bei dem Reiseveranstalter eingelöst werden. Danach wandelt er sich automatisch wieder in einen Rückzahlungsanspruch zurück.

Die Reiseveranstalter erhalten somit die Möglichkeit, zunächst weiter mit den bereits vereinnahmten Vorauszahlungen zu wirtschaften und den Fortbestand ihres Unternehmens sicherzustellen. Den Reisenden entstehen wiederum aus der Annahme eines Gutscheins keine Nachteile, da die Gutscheine im Fall einer Insolvenz des Reiseveranstalters werthaltig bleiben und somit auch in wirtschaftlicher Hinsicht attraktiv sind. Die Reisenden sind nicht verpflichtet, die Gutscheine anzunehmen. Entscheiden sie sich dagegen, haben sie unverändert einen Anspruch auf Rückerstattung ihrer Vorauszahlungen.

Gaffertfotos und Upskirting sind künftig strafbar

In 2./3. Lesung haben wir des Strafgesetzbuches geändert, um den Persönlichkeitsschutz bei Bildaufnahmen zu verbessern.

„Wir als SPD-Bundestagsfraktion setzen uns dafür ein, dass künftig die Herstellung bloßstellender Bildaufnahmen von verstorbenen Personen sowie heimliche Aufnahmen von intimen Körperbereichen unter Strafe gestellt werden“, erläutert Esther Dilcher, in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag.

Die zunehmende Verfügbarkeit von Kameras sowie die Möglichkeit, diese einfach und unauffällig zu nutzen, führe immer häufiger dazu, dass die Rechte von aufgenommenen Personen nicht respektiert würden, so Dilcher.

„Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen habe ich mich dafür eingesetzt, dass das Fotografieren von Unfallopfern künftig härter bestraft wird. Gaffern drohen Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren, wenn sie Tote ablichten. Das hilft, um das



Andenken der verstorbenen Person mit Blick auf das schutzwürdige Interesse der Angehörigen zu bewahren“, betonte Esther Dilcher.

Erschreckend häufig werden unbefugt und heimlich intime Fotos vor allem von Mädchen und Frauen gemacht. Dabei wird zum Beispiel der Blick unter den Rock oder in den Ausschnitt festgehalten und verbreitet. Damit verletzt der Täter die Intimsphäre des Opfers und das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

„Ich begrüße es sehr, dass wir den Koalitionspartner auch von der Strafwürdigkeit des sog. Downblousings, also dem Fotografieren in den Ausschnitt, überzeugen konnten. Mit dem § 184k des Strafgesetzbuches wird eine neue Strafnorm geschaffen und das Upskirting und Downblousing als Sexualdelikt eingestuft“, erklärt Dilcher.

Parlamentarisches Patenschafts-Programm – Jetzt bewerben!

Wollen Sie für ein Jahr in den USA leben?

Der Deutsche Bundestag vergibt Stipendien für ein Austauschjahr in den USA an Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige.

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm gibt seit 1983 jedes Jahr

Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben.

Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Austauschjahr zu Gast in Deutschland. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress. Es steht unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten.

Die Bewerbungsfrist für das 38. PPP 2021/22 beginnt am Montag, dem 4. Mai 2020 und endet am Freitag, dem 11. September 2020.

[Bewerbung für Schülerinnen und Schüler](#)

[Bewerbung für junge Berufstätige und Auszubildende](#)



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2, 3, 4 und 6 sharepics der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 7 Image by [valelopardo](#) from [Pixabay](#) und Image by [Free-Photos](#) from [Pixabay](#), Seite 8 Esther Dilcher, Seite 9 <https://www.bundestag.de/ppp>, Seite 10 Image by [croisy](#) from [Pixabay](#).

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.